

FOC-Streit: Gericht schlägt Vergleich vor

Montabaur soll Zentrum bis 2017 nicht erweitern

Montabaur/Koblenz. Im Streit um den Bau eines Factory-Outlet-Centers (FOC) am Montabaurer ICE-Bahnhof hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz einen Kompromiss vorgeschlagen: Demnach soll Montabaur bis zum Jahr 2017 auf eine Erweiterung des Fabrikverkaufs (10 000 Quadratmeter) verzichten sowie die vorgegebene Sortimentsbeschränkung einhalten. Darüber hinaus soll die Westerwälder Kreisstadt erklären, dass sie nicht gegen die geplante Erweiterung der Limburger „WERKstadt“ klagen wird. Im Gegenzug sollen die Städte Limburg, Koblenz und Neuwied ihre Klagen gegen das Montabaurer FOC zurückziehen. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, per Gutachten zu überwachen, ob Montabaur die Vereinbarungen im geplanten Einkaufszentrum einhält.

Dieser am Freitag in Koblenz vorgeschlagene Vergleich wird nun noch schriftlich ausgearbeitet und geht

den beteiligten Kommunen dann zur Stellungnahme zu. Bis 10. November erwartet das Gericht eine Antwort der streitenden Parteien.

Die Auseinandersetzung um den geplanten Bau eines Fabrikverkaufs in Montabaur läuft bereits seit Jahren. Schon 2001 wurden die Pläne des Investors Ralph Dommermuth erstmals im Stadtrat vorgestellt. Die umliegenden Städte fürchten Nachteile für ihren Einzelhandel, wenn ein solches FOC im Westerwald eröffnet wird. Stadt und Verbandsgemeinde Montabaur hingegen halten die zu erwartenden Einbußen in Koblenz, Neuwied und Limburg für hinnehmbar.

Der Bebauungsplan, der den Teilbereich Factory-Outlet-Center regelt, kann von jedermann eingesehen werden. Er liegt bei der Verbandsgemeinde Montabaur, Bauamt, Zimmer 201, zu den Kernarbeitszeiten der Verwaltung aus. (haw/tf)

► Mehr auf Seite 3